

JOSEF KRAUS | RICHARD DREXL

**NICHT EINMAL
BEDINGT
ABWEHRBEREIT**

DIE BUNDESWEHR ZWISCHEN
ELITETRUPPE UND REFORMRUINE

FBV

EDITION TICHYS  EINBLICK

Geleitwort von Rupert Scholz

Die Bundeswehr ist in einem katastrophalen Zustand. Es fehlt an ausreichendem Personal und es fehlt ebenso an einer funktionstüchtigen Ausrüstung. Von den Panzern bis zu den Hubschraubern, von den U-Booten bis zu den Fregatten, von der Luftwaffe bis zu so einfachen Dingen wie geeigneter Kleidung und Munition – es fehlt überall. Unter diesen elementaren Defiziten leidet nicht nur die Attraktivität der Bundeswehr, es leidet die gesamte Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland – ein wahrhaft unverantwortlicher Befund.

Jedes souveräne Land ist für seine Verteidigungsfähigkeit verantwortlich, will es die eigene Souveränität und die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten. Eine Feststellung, die ebenso selbstverständlich wie verbindlicher Verfassungsauftrag ist. Alles dies scheint leider vielfach in Vergessenheit geraten zu sein. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes wurde von einer angeblichen Friedensdividende gesprochen und der Verteidigungshaushalt so massiv heruntergefahren, dass es zu den vorgenannten Mängeln kommen musste. Die Aussetzung der Wehrpflicht erfolgte überstürzt und ohne jene Übergangsregelungen, derer der Schritt von der Wehrpflichtarmee zur Berufsarmee dringend bedurft hätte. Den Beruf des Soldaten ließ man im öffentlichen Bewusstsein so verfallen, dass sich viele unserer Soldaten mit Recht nach der Identifizierung ihres Gemeinwesens mit ihnen und ihrem Auftrag fragen und dass sie beginnen, an sich selbst und ihrem Amtseid zu zweifeln. Wiederum ein verheerender Befund, für den auch die politische Führung der Bundeswehr in hohem Maße und schon seit längerer Zeit verantwortlich ist. Wann in den letzten Jahren hätte sich zum Beispiel der Deutsche Bundestag einmal so grundlegend, wie es notwendig gewesen wäre, mit der Situation der Bundeswehr und dem Befinden unserer Soldaten ausein-

andergesetzt? Die These von der »Parlamentsarmee« ist längst verkommen. Selbst die vielen kritischen und sehr kompetent vorgetragenen Berichte des Wehrbeauftragten haben an diesem Säumnis nie etwas geändert.

Die gleiche Kritik gilt für die deutsche Bündnispolitik. Seit Jahren gilt das der NATO gegebene Versprechen, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung von eigenem Land und Bündnis aufzuwenden. In der Realität wurde und wird jedoch nur wenig über ein Prozent für die Bundeswehr aufgewandt. Die entsprechende Kritik etwa des US-Präsidenten Trump an Deutschland ist leider nur allzu berechtigt. Das von der Bundesregierung immer wieder bemühte Gegenargument von den hohen Aufwendungen Deutschlands für die Entwicklungspolitik ist und bleibt nicht stichhaltig. Denn selbst wenn auch die Entwicklungspolitik sicherheitspolitische Relevanz besitzen kann, die Fähigkeit zur militärischen Landes- und Bündnisverteidigung kann sie nie ersetzen. Der inzwischen lauter werdende Ruf nach einer Europäischen Armee beziehungsweise einer voll integrierten Verteidigungsfähigkeit Europas ist heute mehr denn je begründet. Aber auch dieser Ruf enthebt nicht von der nationalen Eigenverantwortung. Im Gegenteil! Und doch gilt auch hier die Feststellung: In ihrem heutigen Zustand ist die Bundeswehr noch längst nicht europafähig.

Im Weiteren: Zu einer verantwortlichen Landes- und Bündnisverteidigung gehört auch eine funktionstüchtige Rüstungsindustrie. Die deutsche Rüstungsindustrie war dies für lange Zeit. Lange repräsentierte sie vor allem auch im internationalen Vergleich einen außerordentlich hohen Leistungsstand in Qualität wie Technologie. Aber auch hier schlugen die vorgenannten Defizite und Leistungsverweigerungen inzwischen in bedauerlichem Maße durch.

Alles in allem: Es bedarf eines grundlegenden Wandels in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In die Bundeswehr muss buchstäblich und wieder massiv investiert werden. Der Beruf des Soldaten muss wieder mit der Achtung und der Anerkennung gepflegt und gewürdigt werden, die unsere Soldaten wahrhaft verdienen. Ist der Beruf des Soldaten doch der einzige, der kraft Selbstverständnis und Amtseid bedeutet, sich mit seinem ganzen Leib und Leben für die Sicherheit der Bürger Tag für Tag einzusetzen.

Alles dies wird mit dem hier vorgelegten Band in eindrucksvoller Weise belegt. Die notwendigen Reformschritte werden beim Namen genannt und in ebenso klarer wie hoffentlich unüberhörbarer Weise an Staat und Gesellschaft adressiert.

Prof. Dr. Rupert Scholz
Bundesminister a. D.*

* Prof. Dr. Rupert Scholz (em.) für Öffentliches Recht an der Universität München, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten des Landes Berlin 1981/1988. Bundesminister der Verteidigung 1988/1989.

Warum dieses Buch?

Die Bundeswehr pfeift beinahe aus dem letzten Loch. Seit der Wiedervereinigung wurde sie kaputtgespart, denn »Friedensdividende« war angesagt. Jetzt steht sie personell ausgedünnt da, die Motivation der Truppe ist teilweise im Keller, das Material kaum einsatzfähig, die Organisation ist, so scheint es, in einem desaströsen Zustand. Eine Reform jagt die nächste. Besser ist dadurch kaum etwas geworden, außer dass der Reformeifer die Illusion des Fortschritts aufkeimen ließ. Tatsächlich ist die Bundeswehr mit Ausnahme einiger weniger Bereiche, wie z.B. der Krisenreaktionskräfte KSK (Kommando Spezialkräfte), einzelner Marine-, Heeres- und Unterstützungseinheiten sowie fliegender Verbände, zu einer Reformruine geworden.

Aber nicht nur Deutschland hat es schwer mit seiner Armee, auch die Bundeswehr hat es mit Deutschland nicht leicht. Denn es ist noch weniger als »freundliches Desinteresse«, das die Bundeswehr in Politik und Gesellschaft vorfindet. »Freundliches Desinteresse« – diesen Begriff hatte der damalige Bundespräsident Horst Köhler bei einer Kommandeurtagung am 10. Oktober 2005 geprägt. Mittlerweile ist daraus eine Haltung geworden, die zwischen Gleichgültigkeit und Aversion oszilliert.

Realiter ist die Bundeswehr im Alltag kaum noch sichtbar. Die Wehrpflicht ist seit 2011 ausgesetzt, es gibt immer weniger Soldaten, und von diesen scheuen sich immer mehr, außerhalb ihrer Dienststellen in Uniform aufzutreten. Zugleich befindet sich die Bundeswehr seit einem Vierteljahrhundert im »Einsatz«. Nicht THW-ähnlich, sondern im kriegerischen Einsatz, Deutschland konnte sich nach der Wiedervereinigung nicht länger verweigern. Der mit der NS-Vergangenheit begründete pazifistische Sonderweg genügte nicht mehr, denn mittlerweile wird solche Argumentation, angesichts der kriegerischen Konflikte mitten in Europa oder unmittelbar vor Europas Haustür, eher als Ausrede verstanden. Mit deutscher Sonder- und Hypermoral ist es nicht mehr getan.

Wir sind mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende der Sowjetunion nicht am Ende der Geschichte angelangt, wie der US-Politologe Francis Fukuyama 1992 meinte:¹ Eine allumfassend friedliche, liberale Weltordnung gibt es nicht und wird es auch nicht so bald geben. Von solcher Illusion ließ sich deutsche Politik allerdings paralysieren – nach dem Motto: Jetzt können wir Milliarden sparen und sozialpolitisch segensreich ausgehen.

Wenn 2018 zeitweise keines der sechs U-Boote der 212A-Klasse fahrbereit war; wenn beim ADAC 6500 Flugstunden angemietet werden mussten, um Fluglizenzen von Bundeswehrpiloten zu erhalten; wenn von den 128 Eurofightern kaum mehr als vier ohne jede Einschränkung einsatzfähig waren; wenn Flugzeugführer regelmäßig ihren Dienst bei der Bundeswehr quittieren; wenn von 68 Hubschraubern des Typs Tiger nur 12 voll einsatzfähig sind; wenn von den Transporthubschraubern CH-53 nur 16 von 72, von den Transporthubschraubern NH 90 nur 13 von 58, vom (neuen!) Transportflieger A400M gerade mal drei von 15, von den Fregatten fünf von 13 und von den Leo-II-Panzern 105 von 244 voll einsatzfähig sind; wenn die Flugbereitschaft der Bundesregierung es nicht schafft, einen Bundespräsidenten, eine Kanzlerin oder einen Bundesminister rechtzeitig ans Ziel zu bringen; wenn deutsche Soldaten in Afghanistan zivile Hubschrauber anmieten müssen ... Ja, dann ist dies zwar ein akutes Problem, doch liegen die Ursachen dafür zum Teil Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurück.²

Bei der Einführung neuer Waffensysteme beispielsweise wurde aus Ersparnisgründen darauf verzichtet, ausreichend Ersatzteile zu beschaffen und Rahmenverträge für ihre Instandsetzung abzuschließen. Es galt die Überzeugung, von lauter Freunden umgeben und keinerlei Zeitdruck ausgesetzt zu sein. Auf die damit verbundenen Gefahren haben die militärischen Verantwortungsträger seinerzeit hingewiesen. Parlament und Regierung ignorierten die Einwände, bis 2014 das Erwachen mit der Ukraine-Krise einsetzte. Dass die Russen bereits seit dem Kaukasuskrieg 2008 militärisch in Georgien eingegriffen hatten, wurde erst mit mehrjähriger Verzögerung so richtig zur Kenntnis genommen.

Es passiert, was passieren musste: Wenn Inspektionen fällig werden und ein Kollisionsschaden hinzukommt, steht etwa die ganze U-Boot-Flotte still, weil die Ersatzteile fehlen und eine Instandsetzung kurzfristig nicht mög-

lich ist.³ Im übertragenen Sinne trifft dies für die gesamte materielle Ausstattung der Bundeswehr zu. Die hierfür ursächlichen Entscheidungen wurden von früheren Parlamenten und Regierungen getroffen, die naiv und verantwortungslos vom immerwährenden Frieden ausgingen. Die strategische Zäsur fand unter dem damaligen Verteidigungsminister Peter Struck statt. »Die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff als allein strukturbestimmende Aufgabe der Bundeswehr entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen. Die nur für diesen Zweck bereitgehaltenen Fähigkeiten werden nicht länger benötigt«, hieß es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (veröffentlicht am 20. Mai 2003).⁴ Die noch verfügbaren Haushaltsmittel wurden auf die weltweite Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Terrorismusbekämpfung konzentriert. »Bundeswehr im Auslandseinsatz« lautete die Devise. Das übrige Gerät wurde nicht mehr betriebsbereit gehalten, stillgelegt oder gar verschenkt. Ja, gelegentlich ist Zynismus angesagt. So wird eine Armee zum Gespött von Karikaturisten; dass die Motivation vieler Soldaten leidet, muss nicht verwundern.

Auch die Personalprobleme der Bundeswehr sind Legion. Vor allem ist der Übergang von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee nicht gelungen. Eine Folge davon ist unter anderem, dass es »mehr Häuptlinge als Indianer« gibt. Jeder vierte Soldat ist heutzutage Offizier. In der Truppe ist zugleich das Personal knapp, und zwar auch deshalb, weil die Verwaltung extrem aufgebläht wurde, jeder Vorgang bedarf mittlerweile der Dokumentation. Der »Bürokratiewahnsinn« (Bericht des Wehrbeauftragten vom 29. Januar 2019) lähmt viele Initiativen und trägt zur Diffusion von Verantwortung bei. Alles und jedes muss gemeldet werden, gefördert von einer misstrauischen, zentralistisch geprägten höheren Führung.

Die Nachwuchsschwierigkeiten dürften bald überhandnehmen. Nicht nur schlägt der gravierende demografische Wandel durch, auch die zwiespältige Einstellung der Bevölkerung zur Bundeswehr und ihren Einsätzen zeigt Wirkung. Seit Aussetzung der Wehrpflicht muss sich niemand mehr mit der Armee befassen. Eine empfehlenswerte allgemeine Dienstpflicht wird nur halbherzig diskutiert, wiewohl darüber für ausreichend Nachwuchs gesorgt werden könnte. So aber grassiert ein eklatanter Personal-

mangel. Mit Stand Anfang 2019 waren 25.000 offene Stellen nicht besetzt. Zudem soll die Bundeswehr von 180.000 Soldaten bis 2025 auf 203.000 Soldaten anwachsen. Ob in Zeiten einer prosperierenden Wirtschaft und erheblicher Nachwuchssorgen des gesamten öffentlichen Bereichs ausreichend geeigneter Nachwuchs gefunden wird, ist mehr als fraglich.

Die tiefgreifenden Schwierigkeiten in der Organisation der Bundeswehr passen ins Bild. Privatisierungen wurden mit großem Aplomb und Milliardenaufwand betrieben, um am Ende wieder rückabgewickelt zu werden. Die zahllosen Standortschließungen seit der Wiedervereinigung haben die für Infrastruktur Verantwortlichen, auch Ämter und Stäbe, insbesondere aber die Soldaten und Zivilbediensteten, gewaltig belastet.

Eine Anmerkung der Autoren in eigener Sache: Die in diesem Buch vorgetragene Kritik geht ans Eingemachte. Es soll ein Weckruf sein. Über die bestehenden Schwierigkeiten hinwegzusehen, ist keine Lösung, aber eine Verteufelung der Armee aus Prinzip ist noch weniger angezeigt. Kritik kann nur wirken, wenn sie sachlich ist und die Probleme im Detail behandelt. Die Bundeswehr ist eine zutiefst wichtige Einrichtung für unser Land und für Europa. Sie wieder zum Laufen zu bringen, ist jeden Schweißtropfen wert. Beide Autoren haben sich ihr Leben lang mit der Bundeswehr befasst. Entweder im Status eines Berufssoldaten oder eines Zeitsoldaten, der sein Herz an die Truppe verloren hat. Aus diesem Grund war ihm die jahrzehntelange Tätigkeit im Beirat Innere Führung ein persönliches Anliegen.

Über die beschriebenen Probleme hinaus verfügt unsere Bundeswehr auch heute noch über Tausende von hochmotivierten Soldaten und auch zivilen Mitarbeitern, die ihre Treuepflichten gewissenhaft erfüllen. Ganz gewiss soll ihr verdienstvolles Wirken mit diesem Werk nicht schlechtgeredet werden. Im Gegenteil: Der Blick soll geschärft und verstärkt darauf gerichtet werden, wo es kneift: sowohl politisch und gesellschaftlich als auch im Innenverhältnis der Streitkräfte. Um den Dienst für das Vaterland künftig zu erleichtern.

Ein Hinweis zur Quellenlage: Wir haben uns intensiv und wiederholt bemüht, über das Bundesministerium der Verteidigung und über das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz amtliche Daten über Personalfragen und den Aus-

rüstungsstand zu erhalten. Die Bereitschaft, entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen, beschränkte sich auf vage Hinweise, manches sei im Netz verfügbar. Ansonsten wurde inhaltlich taktiert und keine einzige der konkreten Anfragen beantwortet. Die Bundeswehr hat systematisch gemauert. Als Informationsbasis neben den Quellen im Anmerkungsapparat des Buches haben die Autoren daher folgende Quellen genutzt: den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, insbesondere die Antworten der Bundesregierung auf Parlamentarische Anfragen der Opposition; ferner folgende Periodika: Internationale Politik, Innere Führung, Y – Das Magazin der Bundeswehr, treue Kameraden, Mittler-Brief, Newsletter Verteidigung, Die Bundeswehr, Das Parlament.

KAPITEL I

Gesellschaftliche und politische Umstände: Armee in einer postpatriotischen Gesellschaft

Deutschland ist ein friedliches Land. Das Volk fühlt sich wohl, seit 1990 ist es nur noch »von Freunden umgeben.« Grundsätzlich ist das – zumal vor dem jüngeren Hintergrund unserer Geschichte – gut so. Das Problem ist nur, dass ab 1990 weltweit keineswegs ausschließlich liberale Ordnungen gesiegt haben. Das Problem ist ferner, dass die Fremd- und Selbst-Pazifizierung Deutschlands um den Preis einer fortschreitenden Selbstaufgabe geschieht. Insofern ist es nicht nur ein Kalauer, wenn gesagt wird: Es ist mittlerweile typisch deutsch, nicht deutsch sein zu wollen. Unsere Nachbarländer und Verbündeten sehen diese Entwicklung durchaus mit Skepsis. Wer mag schon einen Nachbarn, der sich selbst nicht mag? Solches gilt ebenso im Privaten wie im Internationalen.

Der aktuelle Zustand »dieses unseres Landes«, wie Helmut Kohl Deutschland zu nennen pflegte, kann historisch, politisch oder auch (tiefen) psychologisch betrachtet werden. Das folgende Kapitel ist der Versuch, alle drei Aspekte zu vereinen und einen historisch sowie politisch untermauerten mentalitäts- beziehungsweise identitätspsychologischen Befund zu skizzieren. Es geht dabei um ein Syndrom – also um ein Bündel an Symptomen, als da sind: gescheiterte Versuche der Nationwerdung; die Übersteigerung des Nationalen mit ihren katastrophalen Folgen; die Umerziehung der Deutschen nach 1945; die wiederkehrende Dominanz des Romanti-

schen gegenüber dem Aufklärerisch-Rationalen; der Schuldkomplex; die permanente Diskreditierung nationaler Interessen; das öffentlich gepflegte Post-Heroische und Post-Patriotische. Kurz: Die Deutschen wissen eigentlich gar nicht, wer sie sein wollen.

Die »verspätete« Nation auf dem Weg in die NATO

Wiewohl ab dem frühen 19. Jahrhundert als Volk der Dichter und Denker apostrophiert und eine wirkmächtige Sprachgemeinschaft, ist Deutschland eine »Verspätete Nation.« Bis zum Ende der »Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation« im Jahr 1806 war Deutschland in rund 300 Kleinstaaten zersplittert, die mit dem Westfälischen Frieden von 1648 entstanden waren – mit einem spätestens ab 1701 übermächtigen Preußen. »Verspätete« Nation also? Helmuth Plessner (1892–1985) hat dieses Phänomen in einem gleichnamigen Buch analysiert.⁵ Plessners Kernthese war: England und Frankreich hatten bereits ab dem 18. Jahrhundert ihre moderne Gestalt angenommen, die deutsche Reichsgründung von 1871 indes brachte nur einen »Machtstaat ohne humanistisches Rechtfertigungsbedürfnis« hervor, eine »Großmacht ohne Staatsidee«.

Jahre später folgte der Erste Weltkrieg: Aus Plessners Sicht verstärkte sich mit der Niederlage von 1918 Deutschlands »Protest gegen den politischen Humanismus Westeuropas«. Der Nationalsozialismus war mit seiner Auflehnung gegen den Humanismus des Westens der Nutznießer. Ein in sich ruhendes, gereiftes und ausgewogenes Nationalgefühl war nicht vorhanden, von 1933 bis 1945 war es nur in extremer, rassistischer Übersteigerung zu haben.

Mittlerweile haben die Deutschen ihre Lektion gelernt. Einen entscheidenden Anstoß dazu gaben ab 1945 die Westalliierten. Schon kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges hatten die USA und England ein »Changing of Germany« gewollt.⁶ Die historische Schuld sollte sich zum markantesten Identitätsfaktor der Deutschen entwickeln. Auschwitz wurde zum quasi

alleinigen Gründungsmythos der Bundesrepublik stilisiert. Bei dieser Betrachtung sollte der US-Philosoph und Pädagoge John Dewey (1859–1952) mit seiner zwischen 1914 und 1942 verfassten Schrift »Deutsche Philosophie und deutsche Politik« eine Rolle spielen. Vor allem der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts warf Dewey vor, die Ideen für Hitlers Rassenhass, für seinen Wahn von der Auserwähltheit des deutschen Volkes und seine »Blut-und-Boden«-Ideologie geliefert zu haben. Dewey unterstellt eine genetisch angelegte Neigung der Deutschen zum Nationalsozialismus. Was die philosophischen Vorläufer betrifft, so spannt er dabei den Bogen – mit Luther beginnend – über Kant und Herder bis zu Hegel, Schelling und Fichte über den gesamten philosophischen deutschen Idealismus. Dessen Gemeinsamkeit sei der »Glaube an die wesenhafte Überlegenheit des deutschen Volkes ... und an dessen vorbestimmtes Recht, über das Schicksal anderer Völker zu entscheiden.«⁷

John Dewey spielte bei der Bildung des in den USA ab 1943 entwickelten Konzepts der »re-education« der Deutschen nach dem Krieg eine große Rolle. Nicht zuletzt deswegen ist die Bundesrepublik an der Schwelle zum achten Jahrzehnt ihres Bestehens antimilitaristisch, pazifiziert, postnational, postheroisch und postpatriotisch.

Es war also – wie in Japan – »Umerziehung« angesagt; das geistige und kulturelle Leben in Deutschland sollte zunächst mithilfe des amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) umgestaltet werden. Ziele waren die vier »D«: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung, Demokratisierung. Es dauerte nicht lange, dann wurde »re-education« auch von deutschen Intellektuellen bereitwillig übernommen: von Horkheimer, Adorno, Abendroth, Kogon, von den 1968ern ohnehin, zudem von evangelischen Christen wie Niemöller und Gollwitzer. Caspar von Schrenck-Notzing (1927 – 2009) nannte das Charakterwäsche.⁸

Linke Kräfte, allen voran die SPD, wollten ein zunächst neutrales, dann sozialistisches Gesamtdeutschland; sie waren erbost darüber, dass Adenauer 1952 die sogenannte Stalin-Note mit dem Angebot einer deutschen Einheit auf neutraler Basis zurückgewiesen hatte. Die größte politische Kraft des linken Spektrums, die SPD, wollte weder eine Bundeswehr noch einen Beitritt zur NATO. Dies schlug sich im Widerstand gegen die Grün-

derung der Bundeswehr und gegen die NATO nieder. Ab 1958 gab es die Ostermärsche unter dem Motto »Kampf dem Atomtod«.

Patriotismus und Wiedervereinigung: Fehlanzeige?

Aus der Sicht von Friedrich Sieburg oszillieren die Deutschen zwischen Größenwahn und Selbsthass.⁹ Ausgerechnet mit der Wiedervereinigung neigte sich dieses Schwanken in Richtung Selbsthass, zumindest in Richtung Schuld- und Sündenstolz. »Die deutsche Zivilbußfertigkeit ist inzwischen sehr ausgeprägt. Aber sie bläht sich gelegentlich sogar pharisäisch zu einigem Pflichterfüllungsstolz auf und macht geneigt, Subjekte geringer ausgeprägter Schuldbekennntnisfreudigkeit zu tadeln«, so Hermann Lübke 2001.¹⁰ Gerd Koenen schrieb 2002 das Kapitel »FELIX CULPA – Vergangenheitsbewältigung als deutsche Selbstfaszination« und dort vom deutschen Monopolanspruch des »Auschwitz gehört uns!«. ¹¹ Vermutlich steckt dahinter eine Hybris, nämlich die Hybris im Negativen als Fortsetzung des Größenwahns.

Auch scheinen die Deutschen ein Problem mit dem Begriff »Volk« zu haben, dabei ist im Grundgesetz eindeutig vom »deutschen Volk« und vom »Wohle des deutschen Volkes« die Rede. In der Noch-DDR hatten Hunderttausende von Demonstranten mit dem Begriff »Volk« kein Problem. Sie skandierten »Wir sind das Volk!«. Und später »Wir sind ein Volk!«. Zugleich glaubte kein westdeutscher Linker an die Wiedervereinigung, und kaum einer wollte sie – weder in den 1960er- noch in den 1980er-Jahren. Willy Brandt (SPD) erklärte in einer Rede am 14. September 1988 die Wiedervereinigung zur »Lebenslüge der zweiten deutschen Republik«. Ein Jahr später, mit dem Fall der Mauer, prägte sich freilich sein Satz ein: »Hier wächst zusammen, was zusammengehört.« Oskar Lafontaine, SPD-Kanzlerkandidat von 1990, tat sich im Herbst 1989 angesichts des Massenexodus aus der DDR mit der Forderung hervor, künftig nur noch Übersiedler aufzunehmen, die sich bereits von der DDR aus Wohnung und Arbeit im Bundesgebiet besorgt hätten.¹² Gerhard Schröder (SPD) hielt in der Hannoverschen

Allgemeinen Zeitung vom 27. September 1989 eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik für »reaktionär und hochgradig gefährlich«. Dabei gab es bei der dann erfolgten deutschen Einigung keine nationalen oder gar nationalistischen Töne. Denn: »Wir sind das Volk!« ist die Parole des befreienden Patriotismus. »Wir sind das bessere Volk!« wäre der Kampfruf eines aggressiven Patriotismus.«³

In Kreuzberg und in Frankfurt/Main fanden sich zum 3. Oktober 1990 dennoch Sprüche wie »Deutschland verrecke!« oder »Nie wieder Deutschland!«. Jutta Ditfurth (Bündnis 90/Die Grünen) fand – im Neuen Deutschland vom 12. Oktober 1991 – Deutschland »zum Kotzen«. Hinter solchen Formeln läuft später schon mal – ohne einzugreifen – eine Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages namens Claudia Roth (Bündnis 90/Grüne) hinterher. »Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig« (Jürgen Trittin, FAS vom 2. Januar 2005). Zu diesem Zeitpunkt ist er Bundesumweltminister (1998–2005).

Wieder andere stänkern gegen die Nationalhymne. Gegen die dritte Strophe einer Nationalhymne, in deren Namen es zur friedlichen Revolution in der DDR kam und die eine friedliche ist. Umso abwegiger war der Versuch der linken Lehrgewerkschaft GEW, die deutsche Nationalhymne in einem Pamphlet öffentlich zu Beginn der Fußball-WM 2006 als »furchtbares Loblied« zu diskreditieren. Auch die Deutschlandfahne ist immer wieder Objekt des deutschen Selbsthasses. Die »grüne« Jugendorganisation Rheinland-Pfalz forderte ein deutschlandweites Beflaggungsverbot während der Fußball-EM 2016. Dazu wörtlich: Wir fordern »alle Fans dazu auf, nationalistischem Gedankengut keinen Raum zu lassen! Fußballfans Fahnen runter«.⁴

Dieses ambivalente, wenn nicht gar aversive Verhältnis eines Teils der Bundesdeutschen zu ihrem Land sowie eines Großteils zu allem Militärischen ist geblieben: politisch sowie in weiten Kreisen der Medien. Dort wird so getan, als gebe es nichts Deutsches, das es wert sei, geschützt und womöglich militärisch verteidigt zu werden. Mit sichtbaren Folgen: Die ab 1990 heruntergewirtschaftete Bundeswehr, die vom großen Teil der Medien und der pazifistischen Gesellschaft eher geduldet als geachtet oder gar geliebt wird, hat eben in einer Wohlfühl- und »Zivil«-Gesellschaft keine Lobby.

Die ideologische Basis: ein naiver, oft militanter Pazifismus

Der pazifistischen Gesellschaft in Deutschland scheint das Verständnis für die Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie schon sehr früh abhandengekommen zu sein. Die Mitte der 1950er-Jahre und zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses ab 1979 beliebte Parole »Lieber rot als tot« sowie die explodierenden Zahlen an Wehrdienstverweigerung (in den 1980er-Jahren pro Jahr bis zu 77.000) sind ein deutlicher Hinweis darauf. Nach wie vor gilt es auch als nicht opportun, dass Deutschland wie jedes andere Land der Welt legitimerweise ureigene Interessen hat.

Die Folge davon ist jedenfalls, dass in kaum einem anderen Land der Welt der Unwille so groß ist, gegebenenfalls für das eigene Land zu kämpfen, was eine Studie des Gallup-Instituts aus dem Jahr 2015 belegt: In 68 Ländern wurde unter einer jeweils repräsentativen Stichprobe die Frage gestellt: »Wären Sie bereit, für Ihr Land zu kämpfen?« Deutschland liegt mit 18 Prozent auf Platz 66, knapp hinter Österreich (21 Prozent) und Italien (20 Prozent).

Vor diesem Hintergrund sollten sich die politisch Verantwortlichen gelegentlich an große Gedanken und Denker erinnern. Für die Römer galt: *Si vis pacem, para bellum*. (Frei übersetzt: Wenn du den Frieden willst, rüste dich für einen möglichen Krieg.) Der britische Universalhistoriker Arnold Toynbee (1889–1975) formulierte, dass pazifistische Staaten denen, wo der Pazifismus nicht obsiegt hat, hilflos ausgeliefert seien. Folge wäre, »dass die gewissenlosesten Regierungen und die rückständigsten Militärstaaten sich zu Herren der Welt machen könnten.«¹⁵ Oder nehmen wir Winston Churchill: Für ihn ist ein Pazifist ein Mensch, der ein Krokodil füttert – in der Hoffnung, dass er als Letzter gefressen wird.

Deutschland indes ist seit 1945 beziehungsweise 1949 geprägt von einem moralisch zwar hochwertigen, aber unrealistischen »Nie wieder« und von dem sogar gerichtlich abgesegneten Tucholsky-Satz »Soldaten sind Mörder«. Tucholsky hatte dies am 4. August 1931 in der »Weltbühne« in einer Glosse geschrieben.¹⁶ Der verantwortliche Redakteur Carl von Ossietzky (gegen den Willen der Nationalsozialisten Träger des Friedensnobelpreises 1935) wurde wegen der Veröffentlichung dieses Satzes 1932 wegen »Beleidi-

Rangplatz	Land (ausgewählte Länder)	Anteil JA-Antworten in %
1	Marokko	94
3	Pakistan	89
10	Indien	75
12	Türkei	73
16	China	71
20	Israel	66
27	Russland	59
31	Schweden	53
39	USA	44
50	Frankreich	29
52	Großbritannien	27
63	Österreich	21
64	Italien	20
65	Belgien	19
66	Deutschland	18
67	Niederlande	15
68	Japan	11

Aus der Studie des Gallup-Instituts 2015: Antworten auf die Frage »Wären Sie bereit, für Ihr Land zu kämpfen?«

gung der Reichswehr« angeklagt, aber freigesprochen, weil das Gericht in dem Zitat keine konkreten Personen angegriffen sah. Im Dezember 1932 übrigens erließ Reichspräsident Hindenburg per Notverordnung einen besonderen »Ehrenschatz für Soldaten«, gesetzlich fixiert im Strafgesetzbuch (§134a), 1946 vom Kontrollrat aufgehoben.

Jahrzehnte später, bei einer Podiumsdiskussion vom 31. August 1984, äußerte ein ehemaliger Sanitätsoffiziersanwärter und Arzt der Organisation IPPNW¹⁷ gegenüber einem anwesenden Jugendoffizier: »Jeder Soldat ist ein potenzieller Mörder – auch Sie, Herr W. In der Bundeswehr gibt es einen Drill zum Morden.« Der Tucholsky-Spruch macht seitdem die Runde:

skandiert oder als Aufkleber. Es kam zu Beginn der 1990er-Jahre zu mehreren Gerichtsprozessen und »Soldatenurteilen« Frankfurter Gerichte. Im November 1995 schließlich bekräftigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), dass die Verwendung des Tucholsky-Zitats »Soldaten sind Mörder« unter bestimmten Voraussetzungen keine Beleidigung darstelle und deshalb nicht bestraft werden dürfe. Der Erste Senat betonte, das Tucholsky-Zitat sei so lange vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, wie es sich um eine allgemeinpolitische Aussage handele. Dies sei aber kein Freibrief für die Beleidigung einzelner Soldaten oder der Bundeswehr. Aussagen wie »Soldaten sind Mörder« oder »Soldaten sind potenzielle Mörder« stellten dann keine strafbare Beleidigung dar, wenn damit das »Soldatentum« und »Kriegshandwerk« an sich verurteilt werden sollten. Es sei aber ein Angriff auf die persönliche Ehre, wenn jemand einzelne Soldaten oder die Bundeswehr pauschal als Mörder bezeichne. Das BVerfG hob damit Urteile gegen vier Pazifisten zu Geldstrafen auf und verwies die Verfahren zurück an die Strafgerichte. Diese mussten erneut prüfen, ob die Angeklagten das »Mörder«-Zitat allgemeinpolitisch verwendet hatten oder ob es eindeutig auf bestimmte Soldaten gemünzt war. Der Historiker Egon Flaig hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: »Wer damals politische Urteilskraft besaß, musste die verheerenden Auswirkungen dieser Urteile antizipieren.«¹⁸

Ein extremes Beispiel ist der Luftangriff von Kundus: Dort kamen am 4. September 2009 bei einem von einem deutschen Oberst angeforderten Luftschlag 91 Menschen, darunter bewaffnete Taliban, aber auch Kinder, ums Leben. US-Kampfflugzeuge hatten zwei von Taliban womöglich für Terrorzwecke entführte Tanklaster bombardiert. Die Reaktion der Friedensbewegten war bezeichnend: Das Büro für Antimilitaristische Maßnahmen (BamM!) sowie der Berliner Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) forderten im Dezember 2009 dazu auf, jeden gefallenen Bundeswehrsoldaten mit einem Saufgelage am Ehrenmal der Bundeswehr im Bendlerblock zu feiern. Das Motto lautete: »Man soll Feste feiern, wie sie fallen!« Schließlich sei der Tod eines deutschen Soldaten ein weiterer Schritt »zur Abrüstung – wieder einer weniger«.¹⁹

Gelegentliche Initiativen Ende der 1990-Jahre, für die Soldaten der Bundeswehr gesetzlich einen Ehrenschatz zu verankern, scheiterten im Juni

1999 – zu einem Zeitpunkt, als die Bundeswehr schon drei Monate an dem völkerrechtlich umstrittenen Krieg gegen Serbien beteiligt war. Der Bundestag begründete das so: »Nach Ansicht der Mehrheit des Hauses ist ein besonderer strafrechtlicher Ehrenschatz für die Bundeswehr weder gerechtfertigt oder erforderlich, noch werde dieser von den Streitkräften selbst gewünscht.«²⁰

Wiederkehrende Attacken gegen die Bundeswehr

Ein Blick zurück: Bundeskanzler Willy Brandt hat die für Schulbildung zuständigen deutschen Länder im November 1970 aufgefordert, bei jungen Menschen »Verständnis zu wecken für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik«. Zwei SPD-Verteidigungsminister (Helmut Schmidt 1971 und Hans Apel 1980) sprachen ähnlich. Heute würden die drei dafür wahrscheinlich in die bellizistische, wenn nicht nationalistische Ecke gestellt.

Aber auch damals ernteten Brandt, Schmidt und Apel eher im Lager der CDU/CSU Beifall. Die Union zum Beispiel legte im März 1983 einen Entwurf für die Einbindung sicherheitspolitischer Fragen in den schulischen Unterricht vor. Der Titel war: »Bundeswehr und Friedenssicherung im Unterricht«. Die SPD freilich, die Partei Brandts, Schmidts und Apels, sah das anders. Mit ihrem Gegenpapier »Friedenserziehung in der Schule« setzte sie andere Akzente. Eine Förderung der Verteidigungsbereitschaft qua Schule lehnte sie ab. Zu einer Entscheidung kam es damals nicht, denn die damals elf deutschen Länder konnten sich innerhalb der Kultusministerkonferenz auf keinen Beschluss einigen. Die SPD des Landes Berlin knüpft daran inzwischen nahtlos an und verlangt, dass »militärischen Organisationen« gesetzlich verboten werden soll, an Berlins Schulen tätig zu werden. Gemeint sind Bundeswehr und deren Jugendoffiziere.²¹

Nach der Jahrtausendwende gelang es immerhin, in einigen deutschen Ländern ganz offiziell, Jugendoffiziere in den Unterricht, aber auch in die Aus- und Fortbildung von Lehrern einzubinden. Den Anfang machte 2008 Nordrhein-Westfalen, 2009 folgten Baden-Württemberg und das Saarland,

2010 Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Es geht hier um die Tätigkeit von 94 hauptamtlichen Jugendoffizieren – eine 1958 errichtete und personell stets bestens besetzte Institution. Im Jahr 2017 erreichten sie immerhin 90.000 Schüler. Auf Wunsch werden Truppenbesuche für ca. 10.000 Schüler pro Jahr organisiert. Zudem bieten die Jugendoffiziere das Simulations- und Planspiel POL&IS an (= Politik & internationale Sicherheit, ein interaktives Plan- und Strategiespiel), mit dem politische, sicherheitspolitische, ökonomische und ökologische Aspekte der internationalen Politik veranschaulicht werden können. Rund 8000 Schüler beteiligen sich jährlich daran.

Obwohl es in der Aufgabenstellung eine klare und in der Praxis streng eingehaltene Trennung zwischen Jugendoffizieren und Karriereberatern gibt, wird den Jugendoffizieren immer wieder unterstellt, sie würden für den Eintritt in die Bundeswehr werben. Auch wird die sicherheitspolitische Unterrichtung immer mal wieder mit dem von 1978 bis 1989 in der DDR etablierten Pflichtfach »Wehrkundeunterricht« in Verbindung gebracht, zum Beispiel von der Partei Die Linke. »Ausgewogenheit« und die gleichen schulischen Möglichkeiten für »Friedensinitiativen« sind das angebliche Ziel. Die Lehrgewerkschaft GEW assoziiert Jugendoffiziere mit »Kinder im Visier«. Außerdem müssten solche Initiativen die gleichen Möglichkeiten haben wie die Jugendoffiziere – wohlgerne Repräsentanten einer grundgesetzlich verankerten und auch in all ihren Einsätzen demokratisch legitimierten Institution, einer Parlamentsarmee.

Die Spitze der Stänkerei gegen die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere stellen einzelne Schulen dar, die sich rühmen, der Bundeswehr die Schultore zu versperren. Im Jahr 2013 zum Beispiel wurden zwei »Schulen ohne Bundeswehr« mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet, und zwar das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin und die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach. Sie hatten Jugendoffizieren den Zutritt verwehrt. Dem Verein »Aachener Friedenspreis« gehören unter anderem an: die Stadt Aachen, der DGB NRW, die katholische Organisation Misereor, der Diözesanrat der Katholiken des Bistums Aachen, der evangelische Kirchenkreis Aachen, der SPD-Unterbezirk, der Kreisvorstand der Grünen. Eine interessante Konstellation: Linke und Kirchen in einem Boot!